



Berlin, 22. September 2011

**Offener Brief  
an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages**

**Entscheidung über die Erweiterung des europäischen Rettungsschirmes**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir appellieren an Sie, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dem Gesetz zur Erweiterung des europäischen Rettungsschirms am 29. September zuzustimmen. Die Schuldenkrise und die daraus entstandenen Probleme können zwar nicht allein durch eine Maßnahme gelöst werden. Eine wirklich gute und schnelle Lösung gibt es nicht. Aber ohne den erweiterten europäischen Rettungsschirm drohen unkalkulierbare Folgen für die Europäische Union und die gemeinsame Währung. Dem Gesetz zur Erweiterung des europäischen Rettungsschirmes, über das Sie am 29. September abstimmen, müssen weitere Schritte folgen, um die Versäumnisse seit Einführung des Euro zu beseitigen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass Mitgliedstaaten der EU jahrelang die selbst gesetzten Stabilitätsregeln für den Euro ignoriert haben. Angesichts der starken Stellung der deutschen Wirtschaft und mit Blick auf eine Weltwirtschaft voller Chancen und Perspektiven gibt es allen Grund, gerade jetzt Europa entschlossen nach vorne zu tragen und zu vertiefen.

Sie stehen als Abgeordnete am 29. September vor einer schweren Entscheidung. Gravierende Argumente gilt es sorgfältig abzuwägen. Aus Sicht der Wirtschaft handelt es sich insgesamt jedoch um ein verantwortungsvolles Paket richtiger Maßnahmen. Wir hoffen und werben dafür, dass auch diejenigen unter Ihnen, die momentan noch zweifeln, dem Gesetz doch noch ihre Stimme werden geben können.

Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeber-  
verbände

Bundesverband der  
Deutschen Industrie

Deutscher Industrie-  
und Handelskammertag

im Haus der  
Deutschen Wirtschaft  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

Zentralverband des  
Deutschen Handwerks  
Mohrenstraße 20 / 21  
10117 Berlin

Nur durch konsequentes Handeln kann verlorenes Vertrauen in eine nachhaltige europäische Stabilitätskultur Schritt für Schritt zurückgewonnen und der Euro gestärkt werden. Nur so kann Europa gestärkt aus der Schuldenkrise hervorgehen. Der erweiterte Rettungsschirm bildet eine wichtige Klammer, um die Eurozone zusammenzuhalten. Es ist gut, dass das Bundesverfassungsgericht rechtliche Bedenken ausgeräumt und dem Deutschen Bundestag die Verantwortung zugewiesen hat, die das Parlament jetzt für Deutschland und Europa wahrnimmt. Wichtig ist aber auch: Die EU darf nicht zu einem Haftungsverband ohne individuelle Gegenleistung der Mitgliedstaaten werden. Die Verantwortung der nationalen Regierungen für ihre jeweiligen Finanzen ist die Handlungsgrundlage der Gemeinschaft.

Die Europäische Währungsunion steht mitten in einer dramatischen Belastungsprobe. Zu ihrem Entstehen haben viele Mitgliedstaaten der EU selbst beigetragen. Zusammen mit Frankreich hat Deutschland den Stabilitätspakt aufgeweicht und damit die Hemmschwelle für das europäische Schuldenmachen gesenkt. Wahr ist aber auch, dass Finanz- und Realwirtschaft den Staat in der Finanzkrise 2008/2009 nachdrücklich aufgefordert haben, private Schulden zu übernehmen sowie zur Stärkung der Konjunktur große schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme aufzulegen. Deshalb stehen wir alle gemeinsam in der Pflicht nachzuholen, was in der Vergangenheit und bei der Gründung der Europäischen Währungsunion versäumt wurde. Wie so oft wird die Durchsetzung des Notwendigen erst unter dem Druck der Verhältnisse möglich. Die Schulden- und Vertrauenskrise in Europa bietet deshalb die Chance, die langfristig notwendigen Weichenstellungen anzupacken.

Die politischen und ökonomischen Gewichte in der Welt verschieben sich in rasantem Tempo. Politische Stabilität, ökonomische Stärke und soziale Sicherheit können wir im globalen Zusammenhang nur gesamteuropäisch behaupten. Nur Europa als Ganzes besitzt ausreichend Kraft, um mit den mächtigen und aufstrebenden Weltregionen mitzuhalten. Deshalb bleibt Europa eine gute und notwendige Investition in die Zukunft.

Deutschland muss ein klares Signal für Europa senden. Europa bedeutet 60 Jahre Frieden und gute Zusammenarbeit und ist weitaus mehr als nur ein ökonomisches Projekt. Die deutsche Wirtschaft ist keine Insel; sie lebt vom grenzüberschreitenden Austausch von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Ideen. Das stärkt besonders auch solide mittelständische Unternehmensstrukturen. Über 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die Europäische Union und über 40 Prozent in den Euroraum. Gerade wir Deutschen dürfen den ökonomischen Vorteil für unser Land nicht unterschätzen. Die Unternehmen und ihre Beschäftigten profitieren von der europäischen Währung in unserem Lande ganz besonders.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Dieter Hundt  
Präsident  
Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände



Prof. Dr. Hans-Peter Keitel  
Präsident  
Bundesverband der Deutschen  
Industrie



Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann  
Präsident  
Deutscher Industrie- und Handelskammertag



Otto Kentzler  
Präsident  
Zentralverband des Deutschen  
Handwerks